



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Neues Deutschland berichtet über Wohnraumversorgung in Berlin und nennt BBU als Kontroll-Gremium

02.12.2016 Fachinformation

In seiner Ausgabe vom 2. Dezember 2016 berichtet das "Neue Deutschland", dass Berlin jährlich zehntausende neue Wohnungen brauche, 6.000 davon durch Neubau der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Zu diesem Thema sprach auch Prof. Eberhard von Einem, Stadtökonom der TU auf einer Veranstaltung des Netzwerks "plattform-nachwuchsarchitekten". Die designierten Koalitionäre hätten harte wohnungspolitische Nüsse zu knacken - allein 15.000 Sozialwohnungen seien jährlich nötig.

Die neuen wohnungspolitischen Sprecherinnen von Linken und Grünen, Katalin Gennburg und Katrin Schmidberger, befürworten, dass politisch festgelegte Mieten möglich sein sollten - nicht mehr die Gesellschaften, sondern die Bezirksämter sollten über Mieterauswahl bestimmen. Sie befürworteten den Ausbau der "Wohnraumversorgung Berlin" zu einer festen Organisation, bisher habe diese Fachaufsicht der BBU als freiwillige Selbstkontrolle übernommen, berichtet das Blatt weiter.

<https://bbu.de/beitraege/neues-deutschland-berichtet-ueber-wohnraumversorgung-berlin-und-nennt-bbu-als-kontroll-gremium>